

Eine Charakteristik Plehwe's.

In dem Bernsteinschen Montagblatt veröffentlichte kürzlich Dr. Hugo Ganz, ein bürgerlicher Schriftsteller, der lange in Russland gewesen ist, eine Studie über Plehwe, die gerade jetzt besonderes Interesse beanspruchen kann. Herr Ganz schreibt: Im Winter 1880 fand in Krasau einer jener großen Sozialistenprozesse statt, mit welchen man damals in Oesterreich noch die importierte sozialistische Bewegung zu ersticken hoffte. Der Prozeß ist in der polnischen Sozialdemokratie bekannt als der Prozeß Warznski und Genossen. Angeklagt waren 85 Personen, darunter 20 Russen aus Wolhynien (Ukraine), zumest Studierende vom polytechnischen Institut in Petersburg, die in Galizien bei der Agitationsarbeit verhaftet worden waren. Es fiel den Angeklagten während der Verhandlung auf, daß sie der Reihe nach unter irgend einem Vorwande durch eine bestimmte Tür des Verhandlungsraumes hinausgeführt wurden, ohne daß sie sich dieses sonderbare Verfahren erklären konnten. Endlich fand einer von ihnen den wahren Grund aus. Es war nämlich eine Doppeltür mit einer tiefen Nische. In dieser Nische aber befand sich als freiwilliger Helfershelfer der österreichischen Polizei und zugleich als Spion für den eigenen Dienst ein russischer Funktionär, der unter den Vorgeführten „seine“ Leute agnoszierte. Natürlich kam es nun zu schwerer Infulteration des Erzappten, der nur durch die Justizsoldaten vor weiteren Mißhandlungen geschützt werden konnte. Dieser Funktionär war aber kein anderer als der heutige Generalgouverneur von Rußland, Sr. Erzelenz der Minister des Innern, Herr von Plehwe, damals noch Staatsanwalt in Warschau. Mit dem geschilderten Spießstück, dessen sich die Polen noch heute sehr genau erinnern, führte sich der providentielle Staatsmann in der auferstehenden Welt ein. Er ist seinem Charakter getreu geblieben. Er ist auch heute, wo er an der Spitze der Verwaltung des größten Staates der Welt steht, nichts anderes als der größte Spießstiel der Welt. Seine Politik trägt alle die Merkmale der polizeilichen Abstammung an sich, die Polizei im machiavellistischen Sinne betrachtet als das Verbrechertum im Dienste der Ordnung. Ich habe in ganz Rußland nicht einen einzigen Menschen gesprochen, der zur Bezeichnung des Plehwe'schen Charakters andre Ausdrücke gewählt hätte als jene, die zur Bezeichnung der untersten Stufe der moralischen Existenz dienen.

Man darf niemandem Unrecht tun. Es soll daher betont werden, daß im Lande der allgemeinen Käuflichkeit Herrn Plehwe doch der eine Vorzug nachgerühmt wird, daß er absolut unbestechlich sei. An Plehwe hat sich noch nicht einmal die Verdächtigung herangewagt, die sonst auch nicht die Großfürsten schon. Aber die Russen wissen ihm für jene Eigenschaft wenig Dank. Denn Plehwe gilt als weit Verräter, denn als ein Beschützer oder Wächter. Er gilt als Bösewicht ohne Schrupel, als politischer Sadist, als Bluthund und raffinierter Betrüger. Dabei als Pyrit ohne jede Bestimmung, als Babanque- und Falschspieler, für den das politische Metier und das Spiel mit Menschenleben nichts ist als ein angenehmer Nervenerreiz; kurz als Tiger in Menschengehal. Dabei ist er von den besagtesten Manieren, ein Charmeur und Chauffeur mit dem treuherzigsten Gesichtsausdruck.

Seine ungläubliche Falschheit ist das nächste, worüber alle diejenigen fragen, die mit ihm zu tun hatten. „Jedes Wort, das er spricht, ist eine Lüge“, ist die Bemerkung, die man am meisten über ihn hört. Das Verbrechertum seiner Taktik besteht nicht nur darin, daß er dem Jaren einredet, die Revolution stehe vor der Tür, und ihn durch Drohbriefe, Proklamationen u. a. in die innersten Gemäcker, ja, in die Modaschen Schmuggeln läßt, in fortwährender, nervenzerstörender Angst erhält, sondern noch mehr darin, daß er faktisch Unruhen provoziert, um sie als Argumente benutzen und seine Position stärken zu können; daß er fortwährende Konspirationen entdeckt und die angeblichen Teilnehmer in der fürchtbarsten Weise maßregelt, um seine Unentbehrlichkeit zu erweisen.

Das Bezeichnendste aber, was ich über das System Plehwe's hörte, war doch die Antwort, die ich erhielt, als ich einen recht hochangestellten Mann fragte, ob denn eine Besserung zu erwarten sei, wenn Plehwe einmal von seinem unaussprechlichen Scharfkeil entfernt worden sei. — „Nein“, lautete die Antwort. „So wohlverdient auch jenes Schicksal für ihn sein wird, gehoffen wird und damit nicht. Ein anderer Mann, das ist alles. Wenn ganz Rußland hofft (wörtlich!), daß ihm bald der Garauß gemacht werde, so ist es nicht, weil man davon sich eine Besserung der Zustände versprache, sondern weil man doch irgend eine Genugtuung erleben will, wenn das Maß einer dieser Bestien voll ist.“

Ein Philanthrop und Rechtsfreund wird aber so wenig je Minister des Innern unter dem Absolutismus werden, wie er das Bedürfnis hätte, Scharfrichter zu werden. Nur ein andres System kann uns andre Männer bringen. Das Gasgenßsystem verträgt nur Fensersnechte.“

Aus Rußland liegen noch folgende Depeschen vor: Petersburg, 29. Juli. Der Mörder v. Plehwe's ist nach der Untersuchungsstelle übergeführt worden. Die Operation ist gelungen, sein Leben außer Gefahr. Die erste Vernehmung förderte nichts zutage; der Mörder schweigt hartnäckig.

Petersburg, 29. Juli. Von glaubwürdiger Seite wird erklärt, daß gestern bald nach dem Anschlage auf den Minister v. Plehwe, ein Mitschuldiger des Mörders verhaftet wurde. Während dieser vor dem Hotel Warschau auf den Wagen des Ministers wartete, hatte sich der andre etwas weiterhin am Obwodny-Kanal aufgestellt, um einen zweiten Mordversuch zu machen, falls der erste mißlingen sollte. Sofort nach der Explosion der Bombe mietete er sich ein auf dem Kanal liegendes Boot zu einer Spazierfahrt. Als das Boot eine größere Strecke zurückgelegt hatte, warf er einen anscheinend schweren Gegenstand in das Wasser. Der Bootsmann schöpfe insofern Verdacht und rief Polizisten aus einer am Kanal gelegenen Polizeiwache herbei, die den Fahrgast verhafteten. Der in das Wasser geworfene Gegenstand wurde durch Taucher herausgeholt und erwies sich als eine Sprengbombe. Der Mörder weigert sich hartnäckig, seinen Namen zu nennen.

London, 29. Juli. König Eduard hat dem Kaiser von Rußland aus Anlaß der Ermordung Plehwe's telegraphisch seine Teilnahme ausgedrückt und ein in sehr liebenswürdigem Tone gehaltenes Antwortelegramm erhalten.

Paris, 29. Juli. Lécour berichtet aus Petersburg dem Matin, daß Plehwe in einem kugelsicheren Wagen zu fahren pflegte; nur eine Dynamitbombe konnte ihm beikommen. Eine Stahlplatte des geschmetterten Wagens wurde am Tatorte aufgefunden. Figaro erzählt von vier Anschlügen, die in den letzten Monaten gegen Plehwe's Leben vorbereitet wurden; drei mißlungen, der vierte gelang. Esche de Paris will wissen, der Zar werde dem General von Wahl Plehwe's Nachfolge anbieten. (!)

Petersburg, 29. Juli. Als Nachfolger Plehwe's im Ministerium des Innern werden in Hoffkreisen Witte, der gegenwärtige stellvertretende Minister Durnovo, der Gehilfe Plehwe's, und der Justizminister Murawjew genannt. Witte dürfte bei einiger Unterstützung der Hofpartei die meisten Chancen haben.

Wien, 30. Juli. Der Berliner Korrespondent der Neuen Freien Presse hatte eine Unterredung mit dem Minister Witte, worin dieser demontiert, daß er zum Nachfolger Plehwe's auszuwählen sei.

Petersburg, 30. Juli. Hier kursieren die widersprechendsten Gerüchte über das, was geschehen wird. Einige glauben, Minister Witte werde das Ministerium mit besonderen Vollmachten übernehmen. Allgemein aber glaubt man, sein Einspruch werde nicht maßgebend sein.

Petersburg, 30. Juli. Die Bestattung Plehwe's findet Sonntag früh im Nowobowitsch-Kloster bei Petersburg statt. Plehwe's Gattin traf gestern aus der Sommerfrische in Petersburg ein. Sie erhielt ein längeres Weisheitstelegramm des Jaren. — Der Name des Attentäters ist noch nicht bekannt.

Genf, 30. Juli. Eine Anzahl hier lebender Russen hat aus Anlaß der Ermordung Plehwe's vor der Redaktion der Tribune de Genève eine Sympathie Kundgebung für den Mörder Plehwe's veranstaltet.

Petersburg, 30. Juli. Eigentümlich ist die Stimmung in Petersburg. Nur wenigen flößt Plehwe's Tod aufrechtliches, ehrliches Mitgefühl ein; sei es, daß die öfteren Attentate das Publikum bereits abgestumpft, sei es, daß die 2 Jahre 3 Monate seiner Amtstätigkeit als Minister des Innern ihm unzählige Feinde geschaffen haben. Seine sprichwörtliche Strenge trug ihm endlich das ein. Die Affäre Aischinow ist nicht nur der jüdischen Bevölkerung, sondern auch sehr vielen gerecht denkenden Russen fürchterlich gewesen. Auch die Unzufriedenheit der Finnländer ist stark mit dem Namen Plehwe's verknüpft. Zu den Gegnern Plehwe's zählen auch alle, die zur Presse gehören. Die Zensur waltete ihres Amtes mit nie dagewesener Strenge. Die Gefängnisse sind überfüllt mit intelligenten Frauen und Männern; der geringste Verdacht führt dorthin.

Petersburg, 30. Juli. Im letzten Verhör erklärte der Attentäter, er gehöre zu den terroristischen Revolutionären und habe der Anweisung des Komitees Folge geleistet, welches den Tod Plehwe's verurteilt hatte.

Wien, 30. Juli. Nach einer Krasauer Wäntermeldung bezeichnet ein in Petersburg massenhaft verbreitetes revolutionäres Flugblatt die Ermordung Plehwe's als einen Akt gerechter Notwehr gegenüber dem schamhellen Despotismus, dem ganz Rußland ausgesetzt sei. Die Geduld des russischen Volkes sei zu Ende, und dem korrupten und gewalttätigen System, das Rußland zugrunde richte, müsse um jeden Preis ein Ende gemacht werden.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Unser Genosse Landtagsabgeordneter Gabriel Löwenstein, gab vor kurzem eine Broschüre heraus, in welcher seinerseits die Verdienste der freisinnigen Gemeindeverwaltung von Nürnberg einer eingehenden, sachlichen Kritik unterzogen werden. In temperamentvoller Weise wird an der Hand von Tatsachen das Sündenregister dieser selbstherrlichen Bestimmungselben, das ziemlichen Umfangs ist, aufgerollt. Besonders ist es die Erlangung des Bürgerrechtes, welches durch systematische, Kleinliche und durchaus rigorose Schikanen sehr erschwert, fast unmöglich gemacht wird. Jene Partei, die zurzeit — sehr zum Nachtheile des Allgemeinwohls — auf dem Nürnberger Stadthaus die Weisheit hat, will anscheinend nach berühmtem liberalen Muster, ebenfalls nicht den Ast abgeben, auf dem sie unter Anwendung aller möglichen Hilfsmittel noch sitzt. Mag sein, daß die Verbindung des Unangenehmen mit dem Nützlichen, über den Gemeindefiskus und den Gemeindefausthalt allein verfügen zu können, vielleicht keine zu kleine Rolle dabei spielt. Sonderbar berührt es, daß alle Berechtigten und wohlbegründeten Beschwerden gegen dieses Gebaren unberücksichtigt bleiben. Soweit Nationalliberale mit an dieser Gemeindeverwaltung Teil haben, darf es nur als selbstverständlich betrachtet werden, wenn sie sich, als Angehörige der Drehscheibenpartei, ihren Traditionen würdig zeigen und Hand in Hand mit den freisinnigen Mitbürgern das Volk um seine wohlverdienten Rechte zu bringen sich eifrig bemühen. Man kann auch hier sagen: „Pach schlägt sich, Pach verbrät sich.“

Es braucht wohl nicht besonderer Begründung, daß an dieser Stelle unmöglich die Einzelheiten, die in sehr interessanter Weise in der Broschüre aneinandergerichtet sind, gewürdigt werden können. Man muß sie lesen, um zu sehen, wie das freisinnige Stadtrezimment mit außerlesener Raffiniertheit gerade jene Steuerzahler, die am ehesten eine Vertretung ihres Standes notwendig haben, vom Stadthause fernhält. Das der bairische Landtag in seiner derzeitigen reaktionären Zusammenfassung dieses System des Fernhaltens der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie von der Gemeindeverwaltung noch möglichst lange zu erhalten sucht, ist begreiflich, aber höchst ungerath. Die Folge dieser hochgehaltenen, reaktionären, freisinnigen Gemeindevirtschaft ist ein System ähnlich wie es in Rußland besteht, d. h. die Gemeindeverwaltung macht, was sie will, sie herrscht und verwaltert absolut. Die Art und Weise der Aufstellung des Haushaltes an sich ist es wert, dieser Wirtschaft ein Ende zu bereiten. Die Hauptsache ist, daß die benötigten Gelder bewilligt werden und daß man weiterwärteln kann. Daß durch diese Außerachtsetzung die Gemüter der Arbeiterschaft, die doch zu den Steuerlasten mit herangezogen wird, nicht kühl bleiben können, geniert diese Herren nicht. Daß aber auch damit das Interesse an den Vorgängen innerhalb der Gemeinde stetig steigt, liegt klar auf der Hand. Tugende von Beispielen geben Zeugnis davon, wie wenig auf die Steuerzahler Rücksicht genommen wird, wie Gelder für sehr fragwürdige, unproduktive Zwecke ausgegeben werden.

In vorrefflicher Weise führt Genosse Löwenstein in seiner Broschüre die Geschehnisse, die Schandthaten usw. der Rathhausmajorität vor Augen. Es muß auch hier bemerkt werden, daß Löwenstein für sich — seine Person — wiederholt bei den höheren vorgehenden amtlichen Stellen Erinnerungen gegen die oberflächlichen Vorkaufsänge des Gemeindefiskus erhoben hat, die erfolglos blieben. Dabei trat mit ziemlicher Deutlichkeit hervor, daß die staatlichen Aufsichtsstellen nicht ernstlich den Willen haben, ihre geschliche Aufgabe, auch dem wirtschaftlich Schwachen ihren Schutz zukommen zu lassen, zu erfüllen. Denn sonst wäre es ihnen nicht möglich, die rückwärtslose Klassenvertretung bei der Gemeinde zu unterdrücken, und der Arbeiterschaft den ihr rechtmäßig zukommenden Anteil durch raffinierte Schikane illusorisch zu machen. Davon gibt auch Zeugnis die Antwort der Kreisregierung vom Jahre 1903, die einer dahingehenden Bestätigung keine Folge gab und auch vom Ministerium weiter gutgeheißen wurde. Wir müssen selbstverständlich davon Abstand nehmen, die zahllosen magistratischen Angelegenheiten von Nürnberg zu würdigen und verweisen wiederholt auf die Broschüre. Nur einige ganz krasse Fälle des selbstherrlichen, absolutistischen, freisinnigen Stadtrezimments seien erwähnt. Die Konzession der Nürnberger-Fürther Straßenbahn-Gesellschaft, der Theater-Neubau und die Inauguration der Landesausstellung von 1906, bilden Stichproben des autoritären, selbstherrlichen Gemeindegemints. Die Landesausstellung ist ebenfalls nur der absoluten Herrschaft der derzeitigen freisinnigen Stadtreregierung zu verdanken. Ueber ihren Zweck und Nutzen bestehen sehr weit auseinandergehende Meinungen, doch wird ihre Notwendigkeit nie-

gends anerkannt, nur die freisinnig-rathhausmehrheitlichen Kreise haben ihr dringendes Bedürfnis herausgefunden. Sie gilt in Wirklichkeit nur zur Verherrlichung der Jubiläumssucht, die man fast Jubiläumskrankheit nennen kann, und dem ferneren Bedürfnis einiger an der Spitze des Komitees stehender Herren, von sich nicht nur reden zu machen, sondern aus Rücksicht für ihre noch leeren Anopflächer sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Daß dabei auch die Steuerzahler jener Klasse, die auf dem Rathhause von der Vertretung ihrer Interessen ferngehalten wird, mitverpuffert werden, ist für die Herren sehr gleichgültig, wenn nur ihre ureigenen Ziele dadurch etwas näher gerückt werden. Um das Glück entsprechend zu würdigen, welches vor hundert Jahren die damalige freie Reichstadt Nürnberg getroffen hat, und das darin bestand, als protestantische Stadt und damals Metropole der Intelligenz dem überwiegend katholischen Bayern einverleibt zu werden, wird diese sogenannte Jubiläum-Landesausstellung unter höchstem Protektorat stattfinden. Ueber ihre Rentabilität hat man sich wenig den Kopf zerbrochen, diese spielt aufscheinend nur eine nebenjächliche Rolle.

Die Stellung des Nürnberger Rathhausfreisinn zu anderen wichtigen Fragen: wie Verrückung der indirekten Steuern auf Lebensmittel, Einführung der Einheitschule, unentgeltliche Veranschlagung der Lehrmittel, entspricht vollständig dem übrigen Gebaren dieser freisinnig-rathhausmehrheitlichen Weisheit. Den Schluß der Proschüre bildet eine Schilderung des Gemeindevahlrechtes in der Abgeordnetenversammlung, die Behandlung dieses wichtigen Gegenstands, die Stellungnahme der verschiedenen Parteien, nebst Ausführungen einzelner Redner. Auf diese Abgeordnetenhaus-Verhandlungen an dieser Stelle näher einzugehen, verbietet sich aus räumlichen Gründen, weshalb wir nur die Anschaffung der Proschüre, die im Selbstverlage des Verfassers in Nürnberg für 20 Pfg. zu haben ist, empfehlen. Der reichhaltige Inhalt ist geeignet, aufklärend und belehrend zu wirken. Vor allem ist sie geeignet, den sogenannten „Freisinn“ in seiner wahren Gestalt — weder frisch noch fleisch — zu zeigen, dessen jämmerliches Gebaren schädel daran ist, daß nachdes Gute und Erhebendewerte nicht geschaffen werden kann. Besteres gilt nicht nur für Nürnberg, sondern auch für jene Städte, in denen der „Freisinn“ ungehindert herrschen kann.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

tz. Internationale Streikstatistik. Die Streikbewegung im Frühjahr d. J. hat auch auf das zweite Quartal bis zum Schlusse nachgewirkt. Im Gegensatz zu den Vorjahren hat der Juni eine höhere Streikziffer als sie sonst in diesem Monat zu verzeichnen war. In England, Frankreich und Deutschland zusammengenommen, begannen während des Juni 169 Ausstände (im Vorjahre 83). Dementsprechend ist auch die Beteiligungszahl höher als im Vorjahre. In Frankreich und England, wo schon statistische Nachweise über die Zahl der Beteiligten vorliegen, gab es im Juni d. J. 17925 Streikende gegen 8841 im Vorjahre. Besonders stark beteiligt daran ist Frankreich. Die Ausstände in den Hafenstädten Marseille und West nahmen nicht viel ab. Die Folge dieser Streiks war die Betriebsstillsetzung einiger Fabriken und Ziegeleien, wodurch etwa 2000 Personen in Mittelidenschaft — wenn auch nur vorübergehend — gezeugen wurden. Erwähnt sei auch der Streik der Droschkentischer in Paris (2500 Personen) und der Bäckerstreik in Versailles. Wenig wie in ähnlichen Fällen in Deutschland wurde auch hier mit militärischer Hilfe die nötige Nacharbeit verrichtet.

In England war die Zahl der Ausständigen wohl etwas größer als im Mai, doch ist im ersten Halbjahre eine Einschränkung der Streikfälle und Beteiligten gegen das Vorjahr zu konstatieren. Im ersten Halbjahre 1903 betrug die Dauer aller Streiks insgesamt 1301000 Arbeitstage, waren es im ersten Semester d. J. 605200 Arbeitstage. Auch in Belgien und Niederlande ist die Streikbewegung geringer, da der Diamantarbeiterausstand in Antwerpen und Amsterdam beigelegt ist. Die wirtschaftliche Krisis hat auch für Spanien größere Kämpfe vorerst nicht zutage treten lassen, mit Ausnahme von Barcelona, wo an einem Textilarbeiterausstand etwa 15000 Arbeiter beteiligt waren.

In Italien gab es im Juni große Landarbeiterkämpfe, die im Gebiet von Ferrara größere Dimensionen annahmen. Knechte usw. schlossen sich den Ausständigen an, deren Zahl ungefähr 9000 Mann stark war.

Auch Rußland hatte einen Landarbeiterstreik, allerdings in kleinerem Maßstabe, zu verzeichnen. In der Nähe von Jnowrajlaw (Russisch-Polen) gab es einen unbedeutenden Ausstand.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten ebenfalls weniger Streiks zu verzeichnen, was dort auf Konto der ungenügenden wirtschaftlichen Lage gesetzt wird. Nur ein großer Streik in Newyork, der durch den Ausstand der Zucknerher herbeigeführt wurde und etwa 50000 Personen vorübergehend traf, wird gemeldet.

te. Die Glaser Berlins beraten in einer heute (Sonnabend) abend stattfindenden außerordentlichen Versammlung über ihre an die Unternehmer zu stellenden Forderungen. Es kommen namentlich die Bauglaser in Betracht; da die Konjunktur eine günstige ist, steht zu erwarten, daß das Vorgehen der Arbeiter dieser Branche eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit sich bringen wird.

te. Die Berliner Schlächtergesellen, über deren in Aussicht genommene Lohnbewegung wir u. a. in Nr. 186 berichteten, haben nunmehr ihre Forderungen an die Meister formuliert und werden sie den letzteren demnächst zur Anerkennung vorlegen. Die äußerst bescheidenen Forderungen beschränken sich in der Hauptsache auf Einführung einer zwölfstündigen täglichen Arbeitszeit inkl. der Pausen, Zahlung eines Mindestlohns von 10 Mk. pro Woche bei freier Station und Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pfg. pro Stunde. Außerdem wird Wert auf Innehaltung der gesetzlichen Sonntagsruhe, d. h. der dreißtündigen Sonntagsarbeit, gelegt, die jetzt vielfach nur auf dem Papier garantiert ist. Es ist überaus traurig, daß zur Durchführung solcher „Forderungen“ im Jahre 1904 die Berliner Schlächtergesellen noch mit einem eventuellen Streik drohen müssen.

Veretue und Versammlungen.

Versammlung des Gemeinnützigen Vereins zu Bösdorf und Umgebung.

Die am 16. dieses Monats im Gasthof zu Bösdorf abgehaltene Generalversammlung des Vereins, die leider nicht gut besucht war, nahm nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes den Bericht des Kassierers und des Schriftführers entgegen, an denen keinerlei Ausstellungen gemacht wurden. Beschlossen wurde dann, am 18. September das erste Stiftungsfest abzuhalten, das aus gesanglichen und turnerischen Darbietungen sowie aus einem Ball bestehen soll. Nachdem noch des längeren über die Beleuchtung der Straßen des Ortes, das Besprengen derselben bei trockenem Wetter sowie über das Straßensregulativ debattiert worden war, trat man in die Erörterung über die Gründung einer Turner- und Gesangsabteilung ein. Die Aussprache hatte das Ergebnis, daß von der Gründung einer Turnerabteilung zunächst Abstand genommen, jedoch an die Gründung einer Gesangsabteilung gegangen werden soll. Mit der Wahlung an die Anwesenden, immer für den Verein zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.